

Grundfragen der Christlichen Demokratie

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 4/2006

Alois Glück

Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft
Leitidee und Vision der Christlichen Demokratie?

Sankt Augustin/Berlin, Juni 2006

ISBN 3-937731-93-8

Ansprechpartner: Dr. Thomas Brose
Koordinator
Telefon: +49 30 2 69 96-33 89
E-Mail: thomas.brose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

Zum Geleit

Mit der Prämisse politisches Handeln und Grundsatzfragen sinnvoll miteinander zu verbinden, ohne in orientierungslosen Aktionismus oder in wirkungslose Grundsatzdebatten abzugleiten, bietet Alois Glück die Idee der Solidarischen Leistungsgesellschaft als Ansatz für die Frage, welche ordnungspolitischen Überlegungen wir in der modernen Gesellschaft anstellen müssen.

Ausgangspunkt sind die Grundfragen nach dem Menschenbild und der Rolle des Staates. Mit den Stichwörtern „Leistung“, „Solidarität“, „Subsidiarität“ und „Heimat, Vaterland und Patriotismus“ begründet Glück die Grundlagen einer Solidarischen Leistungsgesellschaft. Schlüssig führt er diese Stichworte zu einem Leitbild zusammen, welches in den Grundsätzen Orientierung vermittelt und zugleich Anleitung für politisches Handeln ist. Alois Glück fordert dabei offen eine neue Entfaltung der Leistungsfähigkeit in unserem Land, die mehr Wettbewerb, mehr Ideen und mehr Initiativen freisetzt. Eine Forderung, die sich nicht allein aus dem Globalisierungsdruck erklärt. Sie leitet sich auch aus der Erfahrung ab, dass Unterforderung zur Lähmung der Kräfte führt und in Verdruss, sozialem Fehlverhalten und Wohlstandsverwahrlosung ausartet. Dafür ist es notwendig, den Begriff der Leistung in ein wertorientiertes, kulturelles Leistungsverständnis einzubetten. Die konzeptionelle Konstellation von Solidarität und Leistung tut dies. Notwendig ist aber auch eine tiefgreifende Korrektur und Umstellung des Wohlfahrtsstaates. Das Verhältnis von Fördern und Fordern ist mit dem Anspruch an den versorgenden Staat aus der Balance geraten. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Aus dem Blickwinkel einer Aktiven Bürgergesellschaft, dessen Grundlage das christliche Menschenbild ist und die daraus hervorgehend in der Eigenverantwortung einen Freiheitsgrad der Selbstbestimmung sieht,

bietet die Konzeption einer Solidarischen Leistungsgesellschaft hohe Potenzen für die Umsetzung dieser Bürgergesellschaft. Alois Glück erinnert die Christliche Demokratie an ihre Grundbegriffe. Sein Hinweis, sie ernst zu nehmen, verbindet er mit dem Anspruch, auch zukünftig in Wohlstand leben zu wollen. Das setzt Veränderungen, das setzt Anstrengungen voraus.

Aufgabe von christlich-demokratischer Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, eine Transparenz herzustellen, welche die Übernahme von Verantwortung und die Überwindung der Anonymität des staatlichen Versorgungssystems ermöglicht. Leistung ist dafür eine Voraussetzung. Solidarität ist das gesellschaftliche Bindeglied, wie es für die Freiheit die Verantwortung ist. Wenn eine Aktive Bürgergesellschaft die Vision ist, gibt ihr Alois Glück mit der Idee der Solidarischen Leistungsgesellschaft ein Leitbild.

Zum Autor

Dr. Alois Glück, Jahrgang 1940, Präsident des Bayerischen Landtags, Stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft

Leitidee und Vision der christlichen Demokratie?

Alois Glück

Erfolgreiche Politik besteht in der Verbindung von zwei Elementen: Auf der einen Seite steht das tageskonkrete Handeln und auf der anderen Seite eine grundsätzliche Orientierung. In der Realität haben wir es jedoch meistens mit einer Trennung der beiden Bereiche zu tun: Die Politik zieht primär handlungsorientierte Akteure an; Grundsatzfragen werden oftmals jedoch getrennt behandelt. Politisches Handeln und Grundsatzfragen werden zu wenig miteinander verbunden und wenn es geschieht, wird selten die goldene Mitte erreicht: Entweder besteht die Gefahr, in orientierungslosen Aktionismus abzugleiten oder, es werden wirkungslose Grundsatzdebatten geführt.

Sind die Parteien fähig, Neues zu entwickeln? Meiner Beobachtung zufolge sind Parteien aus sich selbst heraus wenig innovativ. Ihre Innovationskraft hängt in erster Linie davon ab, inwieweit sie in der Lage sind, Ideen und Konzepte aufzunehmen, die in ihrem nächsten Umfeld entstehen. Die soziale Marktwirtschaft ist keine genuin politische Erfindung, sondern wurde über Personen in die Politik transportiert. Ähnlich verhält es sich mit beinahe allen größeren Ideen und Bewegungen. Im Moment sehe ich für die C-Parteien das Problem, dass wir keine Umgebung vorfinden, aus der wir kreativ schöpfen könnten. Ich konstatiere ein Manko an konzeptioneller Innovation, sehe auch nicht, wo Quellen konzeptioneller Entwicklung verborgen liegen könnten, auf die wir zurückgreifen könnten. Wenn ich es richtig sehe, scheint eine gewisse Ideenarmut oder Unsicherheit in einer Zeit der Veränderungen nicht nur ein Merkmal der Parteien, sondern eine generelle Zeiterscheinung zu sein.



1970 wurde ich zum ersten Mal in den bayerischen Landtag gewählt. Dieses Jahr markierte eine Zeit des Aufbruchs, insbesondere den Durchbruch in der Umweltpolitik, erinnern wir uns beispielsweise an das neue europäische Naturschutzjahr. Als Konservativer bin ich in die Ökologie eingestiegen und plötzlich erwuchs aus der Umweltbewegung eine gesellschaftspolitische Bewegung. Aus einer Fachthematik entstand eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Es stellten sich sogleich neue Fragen: Wie wirkt sich stetiges Wachstum auf die Lebensqualität aus? Wie wirkt es sich auf eine lebensfähige Zukunft und Welt aus? Im Kern entspannte sich eine Debatte um die Zukunftsperspektive und die grundsätzliche Frage „Wie können wir morgen leben, wie wollen wir morgen leben?“, mit allen gesellschaftskritischen Begleiterscheinungen. Auslöser waren die Umweltbelastungen, die „Grenzen des Wachstums“.

Auslöser der gegenwärtigen Diskussionen sind ökonomische und finanzielle Probleme. Die Reformdebatte konzentriert sich fast ausschließlich darauf und wird auf wirtschaftliche Aspekte verkürzt. Es fehlt die tiefgründige, menschliche Seite der Auseinandersetzung. Eigentlich müssten wir auch jetzt eine Debatte unter der Fragestellung führen: Wie können wir und wie wollen wir morgen leben? Fakten und Logik offerieren hier natürlich einen ersten Ansatz sowie eine realistische Gesprächsgrundlage. Die Logik der Ökonomie ist selbstverständlich unabdingbar, aber wir dürfen uns darin nicht erschöpfen. Mit der Logik der Ökonomie kann man ein Haus bauen, ein stabiles Stahlhaus oder eine Betonburg, aber damit allein wäre es nicht getan: Es fehlt die Wohnlichkeit. Und so empfinden zahlreiche Bundesbürger gegenwärtig auch die Reformdebatte.

Sämtliche Fehlentwicklungen, die wir beklagen, haben ihren Ausgangspunkt in Wertvorstellungen wie etwa in der Selbstverwirklichung: Wie verstehen wir Selbstverwirklichung? Welche Einstellung haben wir



beispielsweise zur Solidarität oder zu den Themen Staat, Leistung und Wettbewerb?

Reformprozesse und eine zukunftsorientierte Politik müssen mit einer Wertegrundlage, mit Wertvorstellungen und kulturellen Vorstellungen in Verbindung stehen, ansonsten verharren wir in der ökonomischen Nische und verstehen nicht, welche tieferen Ursachen uns überhaupt in die Fehlentwicklungen hineingeführt haben. Doch darüber wird keine Debatte geführt, vielleicht auch deshalb nicht, weil es in der Konsequenz bedeuten würde, dass wir uns in zahlreichen Bereichen umstellen müssten, die ohne Veränderungen und Wertvorstellungen nicht erreichbar sind.

Halte ich einen Vortrag vor Wohlfahrts- und Sozialverbänden, dann sage ich offen, und das wirkt auf die Teilnehmer zunächst vielleicht provozierend: Ich wünsche mir nicht, dass wir plötzlich das Geld hätten, um den Sozialstaat bisheriger Prägung weiterführen zu können. Finanziell und organisatorisch expandiert der Sozialstaat ständig, die soziale Kälte nimmt ebenfalls zu. Einmal angenommen, ich hätte eine Wundertüte und könnte alle Finanzprobleme des Sozialstaates lösen, das Problem der sozialen Kälte könnte ich nicht lösen, sondern würde es nochmals verstärken, weil sich unsere Mentalität nicht verändert.

Lassen Sie mich diese Überlegung einmal auf die Wirtschaft übertragen: Funktionierende Firmen verfügen über eine definierte oder beschriebene Unternehmenskultur; ein Veränderungsprozess innerhalb einer Firma ist unbedingt damit verknüpft, darüber diskutieren wir im politischen Prozess ebenfalls nicht. Man könnte die Bundesrepublik mit einer Firma vergleichen, die ausreichend Substanz besitzt, sich aber in einer schweren Krise befindet. Der erste Schritt besteht in der Konsolidierung des Unternehmens: Es muss gespart werden. Die Arbeitsplätze in dieser Firma haben nur dann eine Zukunft, wenn das Unternehmen



neue Leistungsfähigkeit gewinnt und das ist ein umfassender Prozess, der wiederum nicht nur mit wirtschaftlichen Kenntnissen zu tun hat. Aber wir orientieren uns ständig nur an den betriebswirtschaftlichen Fragen.

Eine Voraussetzung für erfolgreiches Handeln ist, dass man die Zeichen der Zeit richtig deutet und erkennt. Die gängige These lautet, dass wir kein Erkenntnisproblem haben, sondern nur ein Handlungsproblem. Zumindest für den Bereich der politischen Akteure zweifle ich an dieser Behauptung. Uns ist zu wenig bewusst, in welcher Dimension der Veränderung wir uns durch die Gleichzeitigkeit mehrerer Entwicklungen befinden. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland und den damals getroffenen Grundsatzentscheidungen gab es meiner Einschätzung nach keine vergleichbare Situation mehr, was Bedarf, Veränderung und Aufgabenstellung anbelangt. Mindestens drei tiefgreifende Veränderungen laufen heute gleichzeitig ab und bilden ein Gesamtpaket an Problemstellungen.

Die erste betrifft das Ende des Wohlfahrtsstaates. Tiefgreifende Korrekturen und Umstellungen sind notwendig. Bildlich gesprochen erwartet uns eine rigide Fastenkur mit der Chance, neue Vitalität zu gewinnen. Doch zunächst ist die Durststrecke der Fastenkur zu überwinden, mit allem, was wir in diesem Zusammenhang diskutieren. Die zweite Veränderung betrifft die demographische Entwicklung. Die Auswirkungen der Überalterung und des Bevölkerungsrückganges werden zunehmend konkreter und sind kaum mehr zu leugnen. Die Folgen der demographischen Entwicklung müssen im Prinzip ständig berücksichtigt werden und stellen für sich genommen bereits eine enorme Bürde dar. Die dritte Veränderung betrifft die zunehmende Internationalisierung unseres Lebens, vor allem die Globalisierung im Bereich der Wirtschaft mit Konsequenzen und Chancen, aber auch Bedrohungen für das Sozialsystem.

Was wir in dieser Situation benötigen, sind geeignete Leitbilder, um Menschen zu motivieren ihr Engagement zu zeigen, weil sie den eigenen Einsatz als lohnend empfinden. Bevor ich diese Überlegung als das Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft skizziere, möchte ich vorausschicken, dass für jede weiterführende politische Konzeption zwei Vorklärungen anzustellen sind.

Die erste Grundfrage betrifft das Menschenbild. Unser „christliches Menschenbild“ gilt zwar als allgemein akzeptiert, es ist den Bürgern aber nicht konkret bewusst. Tatsächlich hängt sehr viel vom Menschenbild ab, wenn es beispielsweise um die Konzeption von Sozialpolitik geht. Wenn wir die Reform des Sozialstaates nicht bloß reduzieren wollen auf die Finanzierungsproblematik, müssen wir folgende Fragen aufwerfen: Welche Gesellschaft sehen wir in der Zukunft? Wie wollen wir zusammenleben? Was stellen wir uns unter einer gerechten Sozial- oder Gesellschaftsordnung vor? Was können wir von den Bürgern verlangen, was müssen wir ihnen abverlangen? Und schließlich: Wie sehen wir uns in diesem Spannungsfeld von Individualismus und sozialer Verantwortung?

Wir kommen nicht umhin, unser Menschenbild zu überprüfen. Betrachtet man den Menschen nur als ein Produkt seiner Umwelt, so stellt sich die Frage der Verantwortung anders, als wenn man ihn im Sinne eines christlichen Menschenbildes in seiner Eigenverantwortlichkeit und gleichzeitig in seiner sozialen Verantwortung begreift.

Ähnlich verhält es sich in der Bildungspolitik. Schulpolitik ist einseitig orientiert, wenn sie prima facie auf die Erfüllung von Leistungskatalogen abhebt und die Effizienz von Verbesserungsmaßnahmen lediglich daran ausrichtet, ob deutsche Schüler in der nächsten PISA-Studie besser abschneiden. Der Schulbesuch bedeutet weit mehr: Er sollte als Bildungsprozess, als Hilfe zur Entfaltung und Entwicklung der eigenen



Persönlichkeit verstanden werden. Hier stellt sich erneut drängend die Frage nach dem Menschenbild, dem politischen Entscheidungen zugrunde gelegt werden sollten. Ein Menschenbild, dem christliche und europäische Werte zugrunde liegen, ist ein unverzichtbarer Kompass, um eine humane Zukunft zu gestalten, vor allem mit dem Blick auf die Fortschritte in Wissenschaft und Forschung.

Die zweite Grundfrage betrifft die Rolle des Staates. Was wir gegenwärtig anbieten, ist auch ordnungspolitisch nicht ausreichend. Wir sprechen vom schlanken Staat oder von Entstaatlichung, aber was ist das eigentlich für ein Staat, ein schlanker Staat? Schlank allein bedeutet noch lange nicht leistungsfähig. Es könnte auch Magersucht daraus werden! Einige Firmen haben ein derart exzessives Outsourcing betrieben, dass sie zwar schlankgeworden sind, dabei aber ihre Kernkompetenzen verloren haben.

Mit großem Gewinn habe ich die Publikation des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung „Aufbruch in die Bürgergesellschaft: Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung“ von 2003 gelesen. Auch in der CSU wurde sich dem Thema aktive Bürgergesellschaft intensiv zugewandt. Als ausgesprochen treffend habe ich eine Formulierung empfunden, die ich in diesem Zusammenhang einmal gehört habe: Bürgergesellschaft als eine neu ausbalancierte Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat.

Die meisten Menschen empfinden heute große Angst, weil sie glauben, der Staat zieht sich einfach zurück und lässt sie allein. Ordnungspolitisch ist es beiden Unionsparteien aus meiner Sicht nicht gelungen, Aufklärungsarbeit über die künftige Rolle des Staates zu leisten. Die alles beherrschende Frage kann nicht die sein, „Was können wir uns noch leisten?“, sondern die Frage muss lauten: „Welche ordnungspolitischen Überlegungen müssen wir in der modernen Gesellschaft anstellen?“

Nun zum Konzeptvorschlag „Solidarische Leistungsgesellschaft“. Was meine ich nun mit solidarischer Leistungsgesellschaft? Vier Elemente bilden die Grundlage der solidarischen Leistungsgesellschaft: 1. Leistung, 2. Solidarität, 3. Subsidiarität und 4. Heimat, Vaterland und Patriotismus.

Erstes Stichwort Leistung: Die Schlüsselfrage für die Zukunft ist, ob wir in der Lage sind, eine neue Leistungsfähigkeit in unserem Land zu entwickeln. Unser Lebensstandard, aber auch wesentliche Teile unserer Lebensqualität, unser Platz im internationalen Wettbewerb, die Zukunft der Arbeit in unserem Land, das Renommee unserer Bildung, Forschung und Entwicklung, die Möglichkeiten der finanziellen Solidarität im Sozialstaat, hängen von unserer Leistungsfähigkeit ab, und diese wiederum von unserer Fähigkeit zur Veränderung, zur Erneuerung und zur Innovation. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Dazu gehört erstens, die Rahmenbedingungen zu setzen, damit mehr Wettbewerb stattfinden kann, mehr Ideen und Initiativen möglich sind. Mein Politikverständnis geht immer stärker in die folgende Richtung: Zunächst müssen wir für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen, damit sich Potential, das in Deutschland vorhanden ist, entfalten kann. Zahlreiche Firmen in unserem Land zeigen doch, dass – sofern die Rahmenbedingungen stimmen – es sehr wohl möglich ist, auch mit hohen Lohnkosten an der Leistungsspitze in der Welt vertreten zu sein. Es gibt genügend ermutigende Beispiele. Doch noch immer besitzen wir eine verkrampfte Einstellung zur Leistung.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Meiner Erfahrung nach denken viele Eltern, die humanste Schule ist die, in der weniger verlangt wird. Sie akzeptieren im Prinzip nur abwehrend und notgedrungen die Tatsache, dass ihre Kinder entsprechende Leistungen erbringen müssen. Man scheint anzunehmen, wir hätten eine menschlichere Welt, wenn weniger



Leistung verlangt würde. Wenn es uns aber nicht gelingt, Leistung wieder positiv zu besetzen, nämlich dergestalt, dass Leistung zu verlangen oder Fordern und Fördern in der Schule, natürlich begabungsgerecht, selbstverständlich sind, landen wir in einer Sackgasse. Individuell, gesellschaftlich und unser Land. Es ist von elementarer Bedeutung, dass Menschen gefordert werden und ihre Fähigkeiten entfalten können.

Wenn wir es nicht schaffen, Leistung auch kulturell und wertorientiert einzuordnen, werden wir aus der gegenwärtigen Defensivposition nicht mehr herausfinden. Da wir Leistung nicht nur auf die messbaren Produkte am Ende eines Prozesses reduzieren können, brauchen wir eine Leistungskultur. In einer Schrift über die Eliteakademie der bayerischen Wirtschaft habe ich mit Freude jüngst folgende Aufforderung gefunden: „Wir wollen keine Leistungselite, sondern eine Verantwortungselite.“

Zahlreiche Abwehrmechanismen gegen Leistungsanforderung in der Gesellschaft könnten abgebaut werden, wenn wir Leistung nicht mit der Welt des Stärkeren und der spitzen Ellenbogen gleichsetzen würden, sondern in ein wertorientiertes, kulturelles Leistungsverständnis einbetten. In der Wohlfahrtsgesellschaft machen wir jetzt die Erfahrung, dass Verwöhnung und Unterforderung zur Lähmung der Kräfte führen, in Verdruss, in sozialem Fehlverhalten, in Wohlstandsverwahrlosung ausarten.

So gesehen wäre es überhaupt nicht wünschenswert, wenn wir den jetzigen Wohlfahrtsstaat weiterführen könnten wie bisher. Leider schweigen wir uns über die Kehrseiten dieser Entwicklung weitgehend aus. Leistungskultur zeigt sich insbesondere in der Bereitschaft, sich zu engagieren, in der ganzen Bandbreite Initiative zu entwickeln bis zum ehrenamtlichen Engagement. Wer bereit ist, Initiative zu entwickeln und Verantwortung in der Vielfalt des Lebens zu übernehmen, zählt zu den Vitalkräften in unserer Gesellschaft. Für den Revitalisierungsprozess



unseres Landes geht es vorrangig darum, diese Vitalkräfte zu ermutigen, ihnen Raum und Unterstützung zu geben. Die gegenwärtig dringlichste Aufgabe in unserem Land, der Engpassfaktor für die weitere Entwicklung, ist aus meiner Sicht die Zukunft der Arbeit in Deutschland. Hier hat die Politik deutlichere Prioritäten zu setzen.

Wenn es uns nicht gelingt, den bisherigen Trend wachsender Arbeitslosigkeit umzukehren, werden wir die nächsten Sparbeschlüsse in den Haushalten nicht so schnell fassen können, wie die nächsten Haushaltslöcher wieder offen zutage treten. Ich würde gerne ein Stück Moratorium für zu viele Forderungen propagieren, wenn es darum geht, sich auf die Aufgabe „Zukunft der Arbeit in Deutschland“ zu konzentrieren und sich damit auseinander zusetzen. Wir dürfen die Faktoren Sparen und Kostenersparnis nicht einseitig betrachten, denn meiner Meinung nach wird diese Debatte zu stark auf die Kostenfrage reduziert. Letztlich geht es um die Frage der Innovationskraft und ihrer Unterstützung, um mittel- bis langfristige Perspektiven für die Bereiche Forschung und Entwicklung. Eine der größten Herausforderungen besteht allerdings darin, den Menschen eine Perspektive zu geben.

An dieser Stelle greife ich noch einmal das Beispiel von der sanierungsbedürftigen Firma auf. Wenn die Mitarbeiter den Eindruck gewinnen, die Lage ist schwierig, aber die Firmenleitung besitzt ein Konzept für die Zukunft, dann akzeptieren die Menschen ein Mehr an Belastung, weil sie eine Perspektive aufgezeigt bekommen. Und das fehlt momentan in der Politik. Die Menschen suchen Politiker, die Mut machen und von denen sie glauben, diese präsentieren ein weiterführendes Konzept.

Das zweite Stichwort heißt: Solidarität. Entscheidend ist zunächst Solidarität im Sinne von Sozialkultur und einem zeitgemäßen Sozialstaatskonzept. Solidarität heißt Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen, für sich selbst und andere, auch für das Gemeinwesen.



Solidarität liegt im Wesen des Menschen, in seiner Sozialnatur. Auch hier spielt die Darstellung der Solidarität eine essentielle Rolle: Die Übernahme von Verantwortung sollte nicht als Opfergang dargestellt werden, sondern als wichtiger Weg zur Sinnfindung für das eigene Leben, so wie es der Psychoanalytiker Viktor Frankl ausdrückt: „Sinn für sein Leben findet der Mensch nur in der Zuwendung zu Aufgaben oder in der Hinwendung zu anderen Menschen, aber nicht in der Fixierung auf sich selbst.“

Nehmen wir als Beispiel die ehrenamtliche Tätigkeit. Ich habe stets die Sorge, dass wir über das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt ähnlich klagend, mit Selbstmitleid sprechen wie viele selbstständige Handwerker gegenüber jungen Menschen auftreten. Wenn ich meinem potentiellen Nachwuchs ständig vorhalte, wie wahnsinnig schwer das alles als Handwerker heute ist, brauche ich mich nicht zu wundern, wenn der Betrieb nicht mehr von jungen Menschen übernommen wird.

Menschen mit ehrenamtlichem Engagement sind stets belastet durch die Übernahme von Verantwortung und die Konfrontation mit menschlichen Schicksalen. Aber sie haben durch ihren Einsatz Fähigkeiten entwickelt, die sie vorher nicht besaßen, wie beispielsweise vor Menschen zu sprechen und Abläufe zu organisieren. Das wird den meisten erst im Gespräch über ihre Tätigkeit bewusst. Nicht umsonst wurde im Projekt aktive Bürgergesellschaft die Formulierung geprägt: Wer sich engagiert, gewinnt.

Es stimmt nicht, dass Menschen, die sich in unserem Land engagieren, die Dummen sind. Im Gegenteil: Sie gewinnen eindeutig für ihr Leben. Um mit dem Klischee „wer sich einsetzt, hat nichts davon“ aufzuräumen, müssen wir aber Solidarität und bürgerschaftliches Engagement positiv in den Vordergrund rücken und die Dimension erschließen, dass es eine Bereicherung für das Leben bedeutet, sich sozial schwächeren



Menschen zuzuwenden. Im Hinblick auf ihre Lebensqualität sind die puren Egoisten die ärmsten!

Beschreiten wir aber den Weg der Veränderung, haben wir es natürlich mit der Umkehrung eines überkommenen Leitbildes zu tun, das viele Bürger bislang eher bewundert haben: mit möglichst geringer Anstrengung überall möglichst viel herausholen. Diese Ausbeutermentalität hat uns erst in gravierende Schwierigkeiten gebracht. Mit erhobenem Zeigefinger zu moralisieren bringt uns jedoch keinen Schritt voran, sondern nur der Entwurf eines positiven Leitbildes im Sinne von „Perspektiven entwickeln“ und „Bereicherung für mein Leben“ kann Motivation bieten.

Auch das Sozialstaatskonzept muss überdacht und aktualisiert werden. Wir müssen den Begriff Sozialstaat weiter auslegen. Es genügt längst nicht mehr, den Sozialstaat mit sozialen Sicherungssystemen gleichzusetzen: Sozialstaat im Sinne einer Rahmenordnung, einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, der Entfaltungsmöglichkeiten bietet für unterschiedlichste Begabungen.

Inspirierend wirkt auf mich das Papier der Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, in dem es um das „Soziale neu denken“ geht. In der Umkehr kann man auch sagen: das „Neue sozial denken“. Doch das Wortspiel „soziales Neudenken“ soll das bisherige Sozialstaatsverständnis aufbrechen. Sozialstaat bedeutet nicht nur die Solidarität mit den Schwachen, auch der Starke benötigt Solidarität. Keiner lebt für sich allein.

An der Schlüsselfrage Gerechtigkeit kommen wir nicht vorbei: Was bedeutet Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Sozialstaat? Wir waren vielleicht, nein, nicht nur vielleicht, wir waren mit Sicherheit zu stark fixiert auf Verteilungsgerechtigkeit, ein Höchstmaß an Gleichheit, dahinter verbirgt sich schließlich eine Wertvorstellung. Ein Höchstmaß an



Gleichheit wurde gleichgesetzt mit einem Höchstmaß an Gerechtigkeit. Jeder Sozialstaat stellt immer auch ein Stück Verteilung, insoweit Verteilungsgerechtigkeit, dar.

Für unsere Zeit der vielen Veränderungen und neuen Entwicklungen ist die Chancengerechtigkeit respektive Teilhabergerechtigkeit besonders bedeutsam. Chancengerechtigkeit ist hauptsächlich im Bildungssystem verankert. Ich vertrete die Auffassung, die härteste Kritik der PISA-Studie besteht in der Anklage unseres Schulsystems. Dies richtet sich auch gegen das bayerische Schulsystem, obwohl wir in der PISA-Studie international auf Platz 8 oder 9 liegen. Im Vergleich zu den erfolgreichen PISA-Ländern ist in Deutschland die soziale Herkunft besonders ausschlaggebend für den Bildungsabschluss. Wenn die Rahmenbedingungen tatsächlich derart beschaffen sind, dass der Bildungsabschluss weitgehend von der sozialen Herkunft abhängt, ist dies nicht akzeptabel, denn Bildung ist die wichtigste Grundvoraussetzung der Chancengerechtigkeit. Die vielleicht schwierigste Form der Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft demokratischer Prägung ist die Generationengerechtigkeit. Wenn wir in absehbarer Zeit keine Rebellion der Jungen riskieren wollen, müssen wir eine intensive Debatte führen, die weit über das bisherige Sozialstaatsverständnis von sozialen Sicherungssystemen hinausgeht.

Damit hängt im wesentlichen auch die Frage der Nachhaltigkeit zusammen. Versteht man Nachhaltigkeit umfassend, bildet sie eine gigantische ethische Herausforderung für eine Gesellschaft, ein Volk und seine Menschen. Woher nimmt eine Gesellschaft die Kraft, um der Kinder oder Enkel willen auf aktuelle Möglichkeiten des Konsums zu verzichten, wie es Eltern oder Großeltern für ihre Kinder bzw. Enkeln tun? Immer mehr Menschen schöpfen heute keine Erfahrungen mehr aus einer engen familiären Bindung. Wie sollen sie die Kraft aufbringen, Ver-



zucht zu leisten? Hier werden elementare Grundfragen aufgeworfen, die selbstverständlich auch einer ethischen Begründung bedürfen.

Die Frage der Nachhaltigkeit reicht bis in die Haushaltspolitik. Wenn wir Schulden auftürmen, dass die Balken „krachen“, um es drastisch auszudrücken, beschwert sich kein Mensch. Wenn wir aber sparen, demonstrieren die Menschen. Hier und heute entscheidet sich die ethische Qualität unseres Handelns.

Kommen wir zum dritten Stichwort, der Subsidiarität. Ich bin der Überzeugung, dass im Subsidiaritätsprinzip, vorausgesetzt, es wird konsequent angewandt, der Generalschlüssel zur Revitalisierung unseres Landes liegt. Es ist der Zugang zu mehr Innovationskraft und Transparenz. Im Wettbewerb der kleineren Einheiten oder im Zurückgeben von Räumen für die jeweilige Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eröffnen sich Chancen für Innovationen, Ideen und Initiativen. Aus diesem Wettbewerb erwächst Dynamik. In der Hierarchie des Subsidiaritätsprinzips finden wir zunächst die Verantwortung des Einzelnen, die Verantwortung des freien gesellschaftlichen Engagements und dann erst die Verantwortung des Staates, wobei auch im staatlichen Gefüge zunächst der Vorrang der kleineren Einheit gilt. Ich verstehe Subsidiarität als ein Struktur- und Verantwortungsprinzip. Wenn es der Union gelingen würde, dieses als erkennbares Handlungsprinzip in allen Fachbereichen der Politik durchgängig zu gestalten, würde der einzelne Bürger das zwar vielleicht nicht bewusst wahrnehmen, aber er würde gleichwohl Eindruck gewinnen, dass die CDU ein in sich schlüssiges Konzept hat.

Gleichzeitig ist damit wieder eine Transparenz gegeben, die auch Türen öffnet zur Übernahme von Verantwortung und zur Überwindung der Anonymität der Systeme. In meinen Augen existiert kein Politikbereich, in dem Subsidiarität nicht entscheidend wäre, ob es nun die Schulreform, das soziale Sicherungssystem oder die Föderalismusre-



form angeht. Prinzipiell ist niemand gegen Subsidiarität eingestellt und trotzdem kommen wir nur langsam voran, aus meiner Sicht aus zwei Gründen: Verdeckt wie offen geht es bei Subsidiarität um Macht, die abgetreten werden muss. Nimmt man Subsidiarität ernst, steht diese dem Gleichheitsideal entgegen, weil automatisch Unterschiede entstehen. Die Aufgabe der Politik bestünde in der Definition der entsprechenden Rahmen. Die Politik muss dabei für zwei Aufgaben und Positionen gleichermaßen einstehen: Für den Wettbewerb und für die fairen Regeln dafür.

Wenn wir nun unablässig davon reden, dass die Unionsparteien mehr Wettbewerb fordern, aber nicht gleichzeitig sagen, wir sorgen im Gegenzug auch für faire Regeln, dann fühlen sich die Schwächeren sofort wieder bedroht. Es verhält sich wie im Sport: Ohne vernünftige Regeln findet kein vernünftiger Wettbewerb statt. Und hier liegt unsere ordnungspolitische Aufgabe: die Rahmenbedingungen zu setzen mit den Regeln des Wettbewerbs.

Kommen wir zum vierten Element: Heimat, Vaterland, Patriotismus. Es geht darum, in einer unübersichtlichen Welt ein Zuhause zu finden und zu erhalten. Mehr denn je empfinden die Menschen das Bedürfnis nach einer Rückzugsmöglichkeit. Gerade die vitale leistungsbereite und solidarische Gesellschaft braucht eine feste Verankerung in der eigenen Kultur, in ihrer Identität und in gemeinsamen Werten.

Vor einigen Monaten unterhielt ich mich mit dem Consulting-Experten und Unternehmer Roland Berger. Ich war mehr als überrascht, als Berger mir mitteilte, dass die wirklich reformfähigen Länder einen stark ausgeprägten Patriotismus aufweisen. Auch ich halte eine Patriotismusdebatte für extrem geboten. Zunächst ist jedoch eine Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus grundlegend. Patriotismus ist die Identifikation mit dem eigenen Land. Manche nennen es auch

Liebe zum eigenen Land. Hinzufügen möchte ich neben diesem emotionalen und kulturellen Aspekt, dass wir in einem reflektierten Patriotismus stets das Engagement für das Gemeinwesen integrieren müssen. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy hat dies mit folgender Äußerung treffend charakterisiert: „Fragt nicht, was der Staat für Euch tun kann, sondern was Ihr für den Staat tun könnt.“

Nationalismus lebt in erster Linie von der Überbetonung der eigenen Werte und von der Abwertung anderer Kulturen. Wir dürfen kulturelle Fragen, Themen der Identifikation und alles, was damit zusammenhängt, nicht den Rechten überlassen, die zum Nationalismus abdriften: Ein reflektierter Patriotismus ist eine gute Brandmauer gegen pervertierten Nationalismus. Meine Vorstellung ist, dass Patriotismus in Verbindung mit einer solidarischen Leistungsgesellschaft den Unionsparteien durchaus eine Grundorientierung bieten könnte.

Wir brauchen eine neue Entfaltung der Leistungsfähigkeit in unserem Land. Meine Überzeugung ist, dass wir alle Voraussetzungen besitzen, um auf Dauer in der Gruppe der leistungsfähigen Länder dieser Erde dabei zu sein. Die Frage ist, ob wir die Rahmenbedingungen und die richtigen Anreizsysteme für diese Entfaltung schaffen können. Wir müssen den Menschen vor Augen führen, dass sich der Veränderungsbedarf in unserem Land nicht an spezifisch deutschen Wünschen oder einem harmonischen innenpolitischen Konsens ausrichtet, sondern unser Maßstab muss die internationale Spitzengruppe der leistungsfähigen Länder sein.

Wem das zu anstrengend ist, den muss man fragen, ob wir uns denn allen Ernstes freiwillig von dem Anspruch verabschieden wollen, dass wir im Wohlstand leben möchten und vom Lebensstandard her betrachtet in der Spitzengruppe partizipieren wollen. Das eine gibt es ohne das andere nicht. Aber ich glaube, wir sollten ebenso deutlich vermitteln: Wir haben alle Fähigkeiten und Voraussetzungen, um dabei zu sein.



Wir sollten die Menschen ermutigen, den Weg mitzugehen und nicht jedes Wochenende einen Wettkampf zu veranstalten, wer wieder die weitreichendste Forderung einbringt, etwas abzuschaffen, weil er dann der Mutigste ist. Wir können Mut machen und wir machen Mut, dass wir diese anstrengende Wegstrecke gemeinsam bewältigen können. Doch dafür brauchen wir ein Leitbild, dem die Bürger folgen. Sie sind es, die es wieder als lohnend ansehen müssen, sich zu engagieren, und die in einer Welt von morgen und übermorgen leben wollen.